

sifa – Bulletin

www.sifa-schweiz.ch

3/2010

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Vorstand: A. Glamer (Präs.), Oberwil-Lieli AG; C. Schmid, Niederried BE; NR Y. Perrin, La Côte-aux-Fées NE; U. Schlüer, Flaach ZH; NR F. Müri, Emmenbrücke LU; J. Hofer, Dübendorf ZH; E. Bonjour, Noville VD; M. Schenker, Homburg TG.

Neue sifa-Aktion

Sicherheit statt «Sans-Papiers»

Schon der Begriff ist ein Affront: «Sans-Papiers» sind keineswegs leidende, verfolgte, bedauernswerte Menschen. «Sans-Papiers» sind Betrüger, die sich den illegalen Aufenthalt in der Schweiz errotzen, indem sie ihre Papiere vernichten oder verstecken, damit man sie zwecks Ausschaffung nicht identifizieren kann.

Niemand kann heute irgendwo auf der Welt ein Flugzeug besteigen, ohne dass er sich mit gültigem Pass zu erkennen gibt. Niemand sollte (wenigstens gemäss Theorie) die Schengen-Aussengrenze überschreiten können, ohne dass er sich mittels gültigem Ausweispapier identifizieren lässt.

Massiver Missbrauch

Das ist die schöne Theorie. Die Tatsachen liefern freilich ein ganz anderes Bild: Zu Hunderten, zu Tausenden vernichten oder verstecken Betrüger (dabei teilweise von «Hilfswerken» unterstützt) ihre Papiere, um sich **unrechtmässigen Aufenthalt in unserem Land** zu erschleichen, weil sie von den Behörden nicht - oder zumindest lange nicht - identifiziert werden können. Das Handeln dieser illegalen Einwanderer ist betrügerisch. Ihr Ziel ist es, sich illegal auf

Kosten unserer Sozialwerke ein feines Leben ohne jede Eigenleistung zu sichern.

Besonders bedenklich dabei: Die hiesige **«Asyl-Industrie»** mit all ihren Hundertschaften an Funktionären hilft diesen Betrügern noch, vermittelt ihnen Anwälte (auf Kosten hiesiger Steuerzahler), hilft ihnen, Schweizer Sozialwerke maximal auszunutzen, hiesige Hilfsbereitschaft zu missbrauchen, sich dem geltenden Recht zu entziehen. Denn diese «Asyl-Industrie» zieht aus der «Betreuung» solcher «Sans-Papiers» reiche Entschädigung - auch auf Kosten missbrauchter Steuerzahler.

Das Ausmass der skandalösen Missbräuche im Zusammenhang mit sog. «Sans-Papiers» wird zunehmend sichtbar: «Sans-Papiers» konnten **Fahrbewilligungen** ergattern - wie wenn jemand einen Fahrausweis ohne gültiges Identitätspapier erhalten könnte. «Sans-Papiers» erhalten **Renten** - wie wenn Renten an Leute ohne geklärte Identität ausbezahlt würden. «Sans-Papiers» konnten zwecks Rentenbezug **Bankkonten** eröffnen - als könnte hierzulande jemand ein Bankkonto ohne gültiges Identitätspapier beantragen.

Bezüglich «Sans-Papiers» scheint hier **jeder Rechtsbruch geduldet** zu werden. Neuerdings sollen «Sans-Papiers» (mit FDP-Unterstützung!) auch noch zu **Berufslehren** zugelassen werden. Kein Wunder, dass die Zahl der «Sans-Papiers» massiv zunimmt. Wer lässt sich von der Verlockung

Sifa-Generalversammlung
am 8. September 2010 in Zürich
Beachten Sie beiliegende Einladung

schlaraffischen Lebens frei aller Verpflichtungen nicht in die Schweiz lotsen. Man schätzt die «Sans-Papiers» derzeit auf rund 300'000.

Die sifa handelt

Die sifa will solch eklatantem Missbrauch, solch widerwärtiger Schmarotzerei endlich einen Riegel schieben. Mit einer **Doppelforderung**. Dies vor dem Hintergrund, dass mehrere (nicht alle!) kantonalen und städtischen Polizeikorps über Lücken in ihrem Polizeibestand klagen. Dies habe zur Folge, dass angesichts der auch in der Schweiz zunehmenden Gewalt Polizisten wegen der laufend notwendigen Zusatzeinsätze kaum mehr freie Wochenenden hätten - eine untragbare Belastung für ihre Familien. Diese Bestandeslücken, klagen kantonale Polizeidirektoren, könnten nur mit höheren Personal-Krediten geschlossen werden. Dazu die sifa-Forderung:

Sicherheit statt «Sans-Papiers»!

Durch konsequente **Ausweisung** der illegal anwesenden und betrügerisch die Schweiz ausbeutenden «Sans-Papiers» sind **massive Kosteneinsparungen** zu erzielen. Mit den Einsparungen sind, ohne jegliche neue Belastung der Steuerzahler, die **Bestandeslücken in den Polizeikorps zu füllen**. Sicherheit statt «Sans-Papiers»!

Es wird sich rasch zeigen: Durch konsequente Ausweisung der illegalen Einwanderer lassen sich weit mehr Kosten sparen, als für die ausreichende personelle Ausstattung verschiedener Polizeikorps anfallen. Also können - trotz höherer Polizeibestände - auch die **Steuerzahler entlastet** werden.

Das konkrete Vorgehen

Der sifa-Vorstand hat Kantonsräte in den meisten Kantonen der Schweiz dafür gewonnen, mit Vorstössen eine drastische Ausgabensenkung zu erreichen als Resultat konsequenter Ausweisung aller «Sans-Papiers». Mit den dabei eingesparten Mitteln sollen offensichtliche Lücken in den Polizeikorps geschlossen werden. Da die Einsparungen den Mittelbedarf für diese Lücken-Schliessung deutlich übersteigen, sollen auch die Steuerzahler entlastet werden.

Die sifa-Aktion wird in diesen Wochen landesweit lanciert. Die sifa wird ihre Mitglieder und Sympathisanten auf dem laufenden halten.

*Ulrich Schlüer, Nationalrat,
Geschäftsführer sifa*

sifa

Gratis- Alarmtelefon

0800 111 117

Die sifa ist zwar keine Anwaltskanzlei. Die sifa **dokumentiert** vielmehr die Öffentlichkeit über drastische Gewalt-Straftaten. Und besonders auch über mangelhafte Strafverfolgung und lasche gerichtliche Täter-Beurteilung.

Sind Ihnen solche Fälle bekannt?

Teilen Sie uns diese über unser Gratis-Alarmtelefon bitte mit.


sifa

SICHERHEIT FÜR ALLE

Aktion gegen Kriminalität

3/2010

Ich trete bei

(Jahresbeitrag mind. Fr. 20.--)

Name:

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte einsenden an:

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE

Postfach 23, 8416 Flaach

Tel.: 052 301 31 00, Fax: 052 301 31 03

www.sifa-schweiz.ch, info@sifa-schweiz.ch

PC-Konto 87-370818-2

«Sans-Papiers»-Strafklage gegen Bundesrätin Widmer-Schlumpf

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, hielt ihre Bundesfeier-Ansprache 2010 im aargauischen Eiken.

Bevor die Justizministerin im Fricktal das Wort ergreifen konnte, setzten sich gut hundert Aktivisten, Anhänger einer **Aktion «Bleiberecht für alle»**, in Szene. Auf Transparenten forderten sie bedingungslose Anerkennung sämtlicher «Sans-Papiers». Mit **unbefristetem Bleiberecht**.

Die Demonstranten wurden von der **Aargauer Kantonspolizei** bereits beim Bahnhof Eiken abgefangen. Der Kommandant der Kantonspolizei, Oberst Stephan Reinhardt, nahm - offensichtlich nach Absprache mit der Bundesrätin - das Gespräch auf mit den Manifestations-Anführern der illegal in der Schweiz anwesenden «Sans-Papiers». Er instruierte sie über den geplanten Verlauf der Bundesfeier. Offensichtlich auf Weisung der Bundesrätin unterbreitete er den mit Störung der Bundesfeier Drohenden ein **bundesrätliches Angebot**: Wenn die Demonstranten auf Störungen verzichten würden, sei die Bundesrätin bereit, mit einer Delegation der Manifestanten im Anschluss an die Bundesfeier und unter Ausschluss von Medienvertretern und weiterer Öffentlichkeit ein **«persönliches Gespräch»** zu führen.

Erfolg für Erpresser

Die **erpresserische Drohung** mit Störungen der Bundesfeier zeitigte damit für die Manifestanten einen bemerkenswerten **Erfolg**: Ein «persönliches Gespräch» mit der Bundesrätin wird nicht jedem zuteil. Für Erpresser aber hatte Eveline Widmer-Schlumpf Zeit.

Genau genommen hätte die Kantonspolizei die Demonstranten, bei denen es sich zumeist um untergetauchte, illegal in die Schweiz eingedrungene und hier die Sozialwerke ausbeutende Schmarotzer handelte, **festnehmen und der Ausschaffung zuführen** müssen. Darauf verzichtete die Polizei - wahrscheinlich

nicht ohne Weisung der Justizministerin, die eigentlich für die Umsetzung der hier geltenden rechtsstaatlichen Regeln verantwortlich wäre.

Keinerlei Willkür im Spiel

Dabei ist festzuhalten: Niemand wird willkürlich aus der Schweiz ausgewiesen. Jeder, der sich als Asylbewerber hier meldet, wird einem aufwendigen, **rechtsstaatlich abgesicherten Verfahren** unterzogen. Es wird sorgfältig überprüft, ob er tatsächlich «an Leib und Leben gefährdet» ist - oder ob er in der Schweiz bloss materielle Vorteile sucht. Wird er als «gefährdet» erkannt, erhält er Asyl. Droht ihm im Herkunftsland Verfolgung, erhält er «vorläufige Aufnahme». Ausgewiesen wird bloss, wer sich Asyl ohne Gründe erschleichen will.

Die Strafanzeige

Dies sind die Voraussetzungen, die den **Aargauer Grossrat Andreas Glarner**, Präsident der sifa, veranlasst haben, beim Bezirksamtman des Aargauer Bezirks Laufenburg Strafanzeige einzureichen gegen Frau Eveline Widmer-Schlumpf, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements. Die Anzeige verdächtigt die Bundesrätin folgender **Delikte**: Förderung der rechtswidrigen Ein- und Ausreise sowie des rechtswidrigen Aufenthalts (Art. 116 Ausländergesetz); Begünstigung von Personen, die der Strafverfolgung entzogen wurden (Art. 205 Strafgesetzbuch); Amtsanmassung und Amtsmissbrauch (Art. 287 bzw. 312 Strafgesetzbuch). **Begründet** hat sifa-Präsident Andreas Glarner die Anzeige wörtlich wie folgt:

«Als Justizministerin ist Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf die höchste Vertreterin unseres Rechtsstaates. Ihr Handeln ist für viele Bürgerinnen und Bürger Richtschnur und muss sich deshalb peinlich genau an unseren Gesetzen orientieren.

Mit der Tatsache, dass Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf die Kantonspolizei Aargau um Zurückhaltung gebeten hat und sich

anschliessend mit einer Delegation der illegal anwesenden Ausländer (auch "Sans-Papiers" genannt) traf, erfüllte sie die oben erwähnten Straftatbestände.

Frau Widmer-Schlumpf ist von ihrer Ausbildung her Dr. iur. und Rechtsanwältin. Sie wusste deshalb auch ohne Beratung von Juristen ganz genau, dass die an der 1. August-Feier von Eiken anwesenden Sans-Papiers gegen das Ausländergesetz verstossen, weil sie sich ohne Bewilligung in der Schweiz aufhalten. Weil diese Sans-Papiers ihren Status als Illegale selber deklarierten, waren die anwesenden Polizisten und auch die Justizministerin verpflichtet, die Strafverfolgung gegen diese Personen an die Hand zu nehmen. Es war offensichtlich, dass diese Sans-Papiers wegen Verstosses gegen das Ausländergesetz (und vermutlich noch gegen andere Strafnormen) verfolgt werden müssen.

Indem Frau Widmer-Schlumpf die aargauische Polizei (direkt durch Anweisungen oder indirekt

durch Äusserungen in ihrer Rede) angewiesen hat, die Sans-Papiers strafrechtlich nicht zu verfolgen, hat sie die eingangs erwähnten Delikte erfüllt. Sie hat eindeutig den illegalen Aufenthalt dieser Personen in der Schweiz gefördert und gedeckt.

Weil Frau Widmer-Schlumpf die Strafverfolgung gegen diese Personen verhinderte und/oder behinderte, ist der Tatbestand der Begünstigung erfüllt.

Hinzu kommt, dass Frau Widmer-Schlumpf gegenüber der Kantonspolizei so aufgetreten ist, wie wenn ihr die formelle Befehlsgewalt über die Strafverfolgung im Kanton Aargau zustünde. Dieses Verhalten ist einer schweizerischen Bundesrätin nicht angemessen; insbesondere erfüllte Frau Widmer-Schlumpf damit die Tatbestände der Amtsanmassung und eventuell auch des Amtsmissbrauchs.»

(Die Strafanzeige trägt das Datum vom 4. August 2010)

sifa


sifa
SICHERHEIT FÜR ALLE
Aktion gegen Kriminalität

3/2010

Das sifa-Bulletin wird vom sifa-Vorstand herausgegeben und erscheint 4mal jährlich.

Redaktion: Ulrich Schlürer

sifa – SICHERHEIT FÜR ALLE
Postfach 23, 8416 Flaach
Tel.: 052 301 31 00, Fax: 052 301 31 03
www.sifa-schweiz.ch, info@sifa-schweiz.ch
PC-Konto 87-370818-2

BLAU LICHT



Seit einigen Monaten publiziert die sifa monatlich per Mail das Bulletin «Blaulicht» - präzise Dokumentationen über Fälle schwerer Gewalt-Kriminalität und deren (oft mangelhafte) Ahndung durch die Justiz.

Das «Blaulicht» kann per Mail jedermann gratis erhalten, der der Vereinigung «sifa – Sicherheit für alle» seine Mail- und seine Postadresse bekanntgibt. Mit untenstehendem Talon können Sie dies tun:



Senden Sie mir das monatlich erscheinende Mail-Bulletin «Blaulicht» fortan regelmässig zu.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Senden an: sifa – Sicherheit für alle, Postfach 23, 8416 Flaach,
info@sifa-schweiz.ch





